FDP| 24.04.2009 - 02:00

WESTERWELLE-Interview für das "Westfalen-Blatt"

Berlin. Der FDP-Partei- und -Fraktionsvorsitzende DR. GUIDO WESTERWELLE gab dem "Westfalen-Blatt" (Freitag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellten WILFRIED SCHNITKER und ULRICH WINDOLPH:

Frage: Die FDP sonnt sich im Umfragehoch. Bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben die Liberalen die jeweils besten Ergebnisse der Nachkriegsgeschichte erzielt. Verraten Sie uns Ihr Erfolgsrezept?

WESTERWELLE: Wir bleiben auf dem Teppich. Aber woher der große Zuspruch kommt, ist klar: Wir halten Kurs, sind glaubwürdig und kümmern uns um die Mittelschicht, die das Land trägt und doch von den anderen Parteien so vernachlässigt wird.

Frage: Die CDU geht mit einer Vorgabe von 40 Prozent plus X in den Bundestagswahlkampf. Was streben Sie an?

WESTERWELLE: Wir wollen, dass es mit einer möglichst starken FDP für stabile Verhältnisse in einer bürgerlichen Koalition reicht und dass eine Linksregierung verhindert wird. Wir haben beste Chancen, zweistellig zu werden.

Frage: Im vergangenen Jahr haben Sie der Union einen Linksrutsch vorgehalten. Was muss passieren, dass es für eine schwarz-gelbe Mehrheit bei der Bundestagswahl reicht?

WESTERWELLE: Die Union muss aufhören, sich in der sogenannten großen Koalition bequem einzurichten. Und wir Liberale müssen möglichst stark werden.

Frage: Ärgert es Sie, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel sich nicht deutlicher zur FDP als bevorzugtem Koalitionspartner bekennt?

WESTERWELLE: Die Frage ist doch nicht, was für Bekenntnisse es gibt, sondern wie politisch gehandelt wird. Bürokratische Monstren wie der Gesundheitsfonds sind jedenfalls keine bürgerliche Politik. Enteignungen sind es auch nicht. Aber trotzdem sind unsere Übereinstimmungen mit der Union immer noch größer als mit allen anderen Parteien.

Frage: Die SPD will den Spitzensteuersatz von 45 auf 47,5 Prozent anheben. Wenn die FDP der Bundesregierung angehört - um wieviel Prozent wird der Spitzensteuersatz gesenkt?

WESTERWELLE: Wir werben für den Solms-Stufentarif, der bei der Einkommensteuer 10, 25 und 35 Prozent vorsieht. Gleichzeitig wollen wir, dass Kinder endlich denselben Grundfreibetrag wie ihre Eltern bekommen. Dann zahlt eine 4-köpfige Durchschnittsfamilie alles in allem erst ab ungefähr 40.000 Euro Jahresverdienst Steuern. Die anderen Parteien reden mir zuviel über oben und unten - wir wollen die Mitte entlasten, die den Karren bei uns zieht.

Frage: Und was hätten die Hartz-IV-Empfänger von einer schwarz-gelben Koalition zu erwarten?

WESTERWELLE: Mehr Chancen, aus Hartz-IV herauszukommen. Wir wollen doch nicht Arbeitslosigkeit besser verwalten - wir wollen sie zurückdrängen. Dafür brauchen wir vor allem Wachstum, und Wachstum entsteht nur, wenn konsumiert und investiert wird. Dafür dient das neue, faire Steuersystem, das wir wollen. Leistung muss sich wieder lohnen, und wer arbeitet und sich anstrengt, darf nicht länger der Depp der Politik sein.

Frage: Beim Thema Steuersenkungen werden Sie sich bestimmt auf den verlässlichen Partner CSU freuen können. Wer hat das bessere Konzept und woher wollen Sie das Geld für Entlastungen nehmen?

WESTERWELLE: Die CSU hat seit 2005 in Berlin 23 mal die Steuern erhöht und jammert darüber in München 23 mal am Tag. Glaubwürdigkeit sieht anders aus. Wir haben als einzige Fraktion im Bundestag jedes Jahr 400 konkrete Einsparvorschläge gemacht. Wir brauchen endlich Disziplin bei den Staatsausgaben.

Frage: Was die Kanzlerin an "Zuneigung" den Liberalen gegenüber vermissen lässt, zeigte die SPD in den zurückliegenden Tagen im Überfluss. Fühlen Sie sich von der Charmeoffensive der Sozialdemokraten geschmeichelt?

WESTERWELLE: Offensiv ist die SPD nur bei ihren Plänen, die Mitte weiter zu belasten. Die SPD sagt, sie wolle Brücken zur FDP bauen, und gräbt mit ihrem Steuererhöhungsprogramm gleichzeitig einen Tunnel zur Linkspartei.

Frage: Schließen Sie ein Bündnis mit SPD und Grünen nach der Bundestagswahl aus?

WESTERWELLE: SPD und Grüne schreiben in ihren Programmen bei der Linkspartei ab und wollen das mit uns durchsetzen? Das glaubt doch niemand. Eine Ampel hätte ich schon 2005 haben können. Wir Liberale haben Wort gehalten. Für eine Ampel sehe ich derzeit keine inhaltliche Grundlage.

Frage: Können Sie sich vorstellen, mit dem Grünen-Spitzenmann Jürgen Trittin in einer Regierung aus Union, FDP und Grünen zu sitzen?

WESTERWELLE: Für Notlösungen mache ich keinen Wahlkampf. Trotz der Sozialdemokratisierung der Union: Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass ich in den fünf erfolgreichen schwarz-gelben Landesregierungen, auch jener hier in Nordrhein-Westfalen, eine Blaupause für den Bund sehe.

Frage: Kürzlich ist Ihre Biografie erschienen. Präsentiert wurde das Buch, übrigens unter einem sehr großen Medieninteresse, vom SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. Ein Zufall?

WESTERWELLE: Verlage überlegen sich eben, wen sie aufbieten müssen, damit das erwähnte große Medieninteresse zustande kommt. Außerdem ist es mir schon wichtig, dass über die Parteigrenzen hinweg ein respektvoller und kollegialer Umgang zwischen Spitzenpolitikern möglich ist und bleibt.

Frage: Das Buch heißt "...und das bin ich!". Wie ist Guido Westerwelle denn?

WESTERWELLE: Genau so, wie Sie ihn hier erleben.

Frage: Macht Steinmeier seinen Job als Außenminister gut?

WESTERWELLE: In der deutschen Außenpolitik gibt es viel Kontinuität, und die Außenpolitik der Regierung Merkel-Steinmeier folgt diesen langfristigen Linien glücklicherweise. Wir sehen die Außenpolitik in der Tradition von Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel.

Frage: Was würden Sie denn anders machen?

WESTERWELLE: Liberale haben immer auf eigene deutsche und europäische Abrüstungsinitiativen gedrängt. Das fehlt mir. Und der Respekt vor unseren kleineren Partnern innerhalb der Europäischen Union ist auch noch ausbaufähig.

Frage: Und welches Thema würde ein deutscher Außenminister Guido Westerwelle in seiner Antrittsrede ganz nach vorne bringen?

WESTERWELLE: Es geht um Deutschland und nicht um mich. Deutschland braucht einen Neuanfang, darum geht es. Für mich persönlich habe ich lediglich auf die Frage eines Kollegen von Ihnen hin geantwortet, dass ich nicht FDP-Vorsitzender hätte werden dürfen, wenn ich mir ein solches Ministeramt nicht zutraute. Nicht mehr, nicht weniger.

Frage: US-Präsident Barack Obama hat gerade die Vision einer atomwaffenfreien Welt verkündet. Haben Sie bei Ihrem jüngsten Moskau-Besuch Ihre russischen Gesprächspartner für diese Idee begeistern können?

WESTERWELLE: Ich habe erfreut gehört, dass Präsident Obamas Rede als positives Signal begriffen wurde. Dies bedeutet nicht, dass Moskau jetzt plötzlich für die atomwaffenfreie Welt streitet. Dies bedeutet aber sehr wohl, dass ein Fenster für Abrüstungsinitiativen aufgestoßen wurde. Dies sollten wir als Deutsche und Europäer nutzen. Wir sollten nicht nur passiv zusehen, sondern selbst Vorschläge machen, zum Beispiel indem wir für den Abzug der letzten nuklearen Sprengköpfe aus Deutschland verhandeln.

Frage: Kosovo, Horn von Afrika, Hindukusch: Wann sehen Sie die Grenzen der NATO erreicht?

WESTERWELLE: An allen drei Orten sind unsere Bundeswehrsoldaten nicht nur aus Altruismus, sondern auch, weil sie dort unsere Sicherheit und unsere Interessen verteidigen. Deutsche Außenpolitik muss immer beidem folgen, unseren Werten und unseren Interessen. Die drei Einsätze, die Sie nennen, tun das. Die Grenze der NATO liegt woanders: Ich will nicht, dass sie eine Art Ersatz-UNO wird. Die Zuständigkeit für den Frieden auf der Welt liegt weiter bei den Vereinten Nationen.

Frage: Im Zeichen der Wirtschaftskrise ist international wieder viel vom starken Staat die Rede. Hat der Markt auch in Deutschland abgewirtschaftet?

WESTERWELLE: Ich trete für die soziale Marktwirtschaft ein, und die sagt ausdrücklich ja zu Regeln. Ich bin sogar für einen starken Staat, wenn das bedeutet, dass der Staat tut, wofür er zuständig ist, und sich aus dem heraushält, wo er nichts verloren hat. Der starke Staat, den ich mir wünsche, sorgt beispielsweise für eine funktionierende Bankenaufsicht. Das fordern wir seit Jahren. Stattdessen haben wir Regulierungsversagen - und das ist Staatsversagen, nicht Marktversagen.

Frage: Im Zusammenhang mit der Rettung der Hypo Real Estate (HRE) sprachen Sie von Enteignung. Musste sich der Staat nicht absichern?

WESTERWELLE: Wer Anteile an Unternehmen erwirbt, hat natürlich Mitspracherechte. Darum geht es aber gar nicht. Es geht darum, wie Anteile und Mitsprache erlangt werden. Über Kapitalerhöhungen beispielsweise geht das. Über das Instrument der Enteignung geht es in einer sozialen Marktwirtschaft nicht. Da wird die Grenze zur sozialistischen Planwirtschaft überschritten.

Frage: Wird es nach den zwei Konjunkturpaketen überhaupt in absehbarer Zeit einen ausgeglichenen Bundeshaushalt geben können?

WESTERWELLE: Ja, aber nur, wenn wir die Krise als Chance verstehen und genau jetzt strukturell ändern, was ohnedies überfällig ist. Ein faires Steuersystem ist die Mutter aller Reformen. Aber das ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um Wachstum und damit Wohlstand für alle möglich zu

machen. Nur mit Wachstum sprudeln auch wieder die Steuereinnahmen des Staates, und deshalb kann der Haushalt nur mit einer Steuerreform ausgeglichen werden. Wer sagt, wir könnten uns wegen des Haushaltsdefizits eine Steuerreform nicht leisten, der vergisst völlig, dass wir Dynamik brauchen und keine buchhalterische Umverteilung. Ich sage: Wir können es uns nicht leisten, in der Krise auf eine Strukturreform hin zu einem fairen Steuersystem zu verzichten. Wenn es durch ein faires Steuersystem nur zu zehn Prozent weniger Schwarzarbeit käme, würden die Staatseinnahmen sprudeln.

Frage: Am Samstag sind Sie beim Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Bielefeld. Was werden Sie Ihren Parteifreunden sagen?

WESTERWELLE: Dass die Mittelschicht nicht weiter geschröpft werden darf. Und ich werde betonen, dass man gerade in der Krise einen Kompass braucht. Wir haben den klaren Kompass der sozialen Marktwirtschaft.

Frage: Was fällt Ihnen zu Ostwestfalen-Lippe ein?

WESTERWELLE: Meine Großeltern waren Handwerker und Bauern im Lippischen. Dort sind meine familiären Wurzeln.

Frage: Gibt es etwas, was die Bundesrepublik von Ostwestfalen-Lippe lernen kann?

WESTERWELLE: Bodenständigkeit. Als FDP-Politiker mache ich Politik für die Mitte, und was Mitte heißt, das spürt man genau hier.

Quell-URL:https://www.liberale.de/content/westerwelle-interview-fuer-das-westfalen-blatt-0#comment-0